

PARTEIWAHL

Die SPD Spandau hat Raed Saleh zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Swen Schulz hatte nach zehn Jahren nicht wieder kandidiert. In ihren Ämtern als Stellvertreter bestätigt wurden Daniel Buchholz, Susanne Pape und Ulrike Sommer, neuer Kassierer wurde Michael Stobbe. Annika Lange bleibt Schriftführerin.

Mit 86,7 % Ja-Stimmen ist Christian Gaebler als Kreisvorsitzender in Charlottenburg-Wilmersdorf im Amt bestätigt worden. Wiedergewählt wurden auch die Stellvertreter Christian Christen, Barbara Scheffer, Dr. Heike Stock, Schriftführer Florian Dörstelmann und Kassierer Frank Jahnke.

Die SPD Marzahn-Hellersdorf hat am 12. April Sven Kohlmeier in seinem Amt als Kreisvorsitzender bestätigt. Der 31-jährige Kohlmeier führt den SPD-Kreis seit 2004. Zu seinen Stellvertretern wurde Mari- on Hoffmann, Liane Ollech und Günther Krug gewählt.

Auf ihrer Kreisdelegiertenversammlung am 12. April wählten die Delegierten der SPD Mitte Dr. Christian Hanke (45) mit großer Mehrheit wieder zum Kreisvorsitzenden. Weiterhin wurden in den geschäftsführenden Kreisvorstand gewählt: Frank Boermann, Bruni Wildenhein-Lauterbach (MdB), Jutta Koch-Unterseher (MdB) als Stellvertreter/innen. Für die Finanzen ist künftig Michael Hübner zuständig. Liv Assmann ist Schriftführerin.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de

EIN ABEND FÜR BERLINS SPORTLER

Berliner SPD lud zum Empfang - Blick auf Leichtathletik-WM 2009 gerichtet

Gut 500 Sportlerinnen und Sportler sowie Vereinsvertreter kamen im April zum sportpolitischen Empfang der Berliner SPD, diesmal im Bildungs- und Informationszentrum der BSR in Tempelhof. Mit dabei: Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit, Landessportbundpräsident Peter Hanisch, der SPD-Vorsitzende Michael Müller, die Vorsitzende des Forums Sport Karin Seidel-Kalmutzki. Klaus Wowereit betonte das Engagement für Menschenrechte und Religionsfreiheit, das auch bei den Olympischen Spielen in Peking notwendig sei. Damit dürften die Sportler aber von der Politik nicht allein gelassen werden. Wowereit verwies darauf, dass Berlin 2009 Austragungsort der Leichtathletik-WM sei und gemeinsam mit den Sportverbänden alles tue, um sich als guter Gastgeber zu präsentieren. Sein Ziel: ein volles Olympiastadion und 500.000 verkaufte Eintrittskarten. ■ uh



Sportpolitischer Empfang: Karin Seidel-Kalmutzki, Vorsitzende des Forums Sport der Berliner SPD, im Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit.



Landessportbundpräsident Peter Hanisch verteilte Lob: Er begrüßte die Unterstützung des Senats für den Sport ebenso wie die beschlossene Sanierung der Berliner Bäder.

BEZIRKE WERDEN GESTÄRKT

Leitantrag zum SPD-Landesparteitag am 21. Juni

Die Bezirksämter werden politischer, die Finanzbeziehungen zwischen Land und Bezirken klarer, die Zuständigkeiten einfacher erkennbar. Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 21. Juni liegt dazu ein Leitantrag vor, der das Verhältnis zwischen Land und Bezirken neu regeln will. Erarbeitet wurde er von einer Experten- gruppe unter Leitung des SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller, beteiligt waren Bürgermeister und Abgeordnete, Experten der Finanzverwaltung, externe Kenner wie der Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik.

In den Bezirksämtern sollen sich künftig die politischen Mehrheiten im Bezirk deutlicher widerspiegeln, ohne dass Minderheiten ausgegrenzt werden. Das bisherige Verfahren zur Besetzung der

Bezirksämter nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt läuft zum 1. Januar 2010 aus, eine Neuregelung ist also notwendig.

Das weiterentwickelte Modell des Politischen Bezirksamts mit Minderheitenbeteiligung, das die SPD jetzt vorschlägt, wird über die Bildung von Zählgemeinschaften erreicht. Eine bezirkliche Koalition vereint mindestens 28 der 55 BVV-Sitze, sie stellt neben dem Bezirksbürgermeister bzw. der Bezirksbürgermeisterin künftig auch den Stellvertreter und - je nach Stärke - weitere Stadträte. Damit ist gewährleistet, dass die politische Mehrheit in der BVV sich auch im Bezirksamt widerspiegelt, die Minderheit aber ebenfalls vertreten ist und damit auch über die Informationen verfügt. Eine bezirkliche Koalition hat nach diesem Vorschlag bessere Möglich-

keiten, das Verwaltungshandeln über Koalitionsvereinbarungen zu prägen.

Die Finanzausstattung der Bezirke soll weiterhin über den vom Senat zu beschließenden Bezirksplafonds erfolgen. Bei Aufgabenverlagerungen zwischen Land und Bezirken muss auch die Kostendeckung mit betrachtet werden.

„Im Einklang mit dem Grundsatz der Einheitsgemeinde und den bezirklichen Selbstverwaltungsrechten müssen die Finanzbeziehungen so ausgestaltet werden, dass sie eine übergreifende Steuerung und örtliche Schwerpunktsetzungen gleichermaßen erlauben. Sie haben eine soziale und integrierte Stadtentwicklung zu befördern und sollen Anreize für wirtschaftliches Handeln setzen“, heißt es im Antrag. ■ Ulrich Horb

Der vollständige Antrag im Internet: www.berlin.spd.de

AWO WIRBT UM NEUMITGLIEDER

Nisblé: Nur ein mitgliederstarker Verband findet Gehör

Die Berliner Arbeiterwohlfahrt hat eine Neumitgliederkampagne gestartet. In Politik und Gesellschaft werde die AWO nur gehört, wenn sie ein mitgliederstarker Verband sei, sagte der AWO-Landesvorsitzende Hans Nisblé.

„Selten in den letzten 30 Jahren war ein sozialer Wohlfahrtsverband so wich-

tig wie heute“, so Nisblé. „Eine älter werdende Gesellschaft verlangt nach einem Sprachrohr, die AWO kann dies sein. Unsere Kinder brauchen einen starken Partner, unsere AWO ist das jeden Tag, zum Beispiel in den 39 AWO-Kindertagesstätten Berlins. Wir sind für all diejenigen da, die uns brauchen: Menschen mit Behinderung, Kranke, Pflegebedürftige

oder Mitbürger, die einen einfachen Rat benötigen. Auch in der Migrationsarbeit leisten wir seit vielen Jahren hervorragende Arbeit!“ Um dem schleichenden Verlust von Mitgliedern entgegenzuwirken, wirbt die AWO auf Veranstaltungen und Festen für sich. Auch in der Berliner SPD will Nisblé ein stärkeres Interesse an der AWO wecken. ■ uh